

Südwestwind

Sozialdemokratischer Mitgliederrundbrief Kreis Steglitz-Zehlendorf

Februar – März 2010

Inhalt

Für einen Gesellschaftsfairtrag	Michael Arndt	2
Neuanfang 2010.....	Petra Merkel	3
Kinderarmut bekämpfen	Barbara Loth	4
Privilegierung von Kinderlärm	Holger Thärichen.....	6
Nachruf Klaus Kugler	Michael Karnetzki.....	7
Termine	http://www.spd-suedwest.de/termine	
Zukunft des Benjamin-Franklin-Klinikums	Martin Matz	17
Gedenken.....		19
Solidarität politisch neu erfinden.....	Kurt Lange	19
Gratulation		22
Kreisöffentliche KDV.....	Klaus Spychalski	22

2010: KEINE RÜCKKEHR INS MITTELALTER FÜR EINEN GESELLSCHAFTSFAIRTRAG

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind im Agenda-Jahr 2010 angekommen. Eine Jahreszahl, die nicht nur mit Reformen in den Bereichen der Daseinsvorsorge und -absicherung verbunden ist. Kontroverse politische Debatten über den Gewährleistungsstaat, die Privatisierung und Deregulierung waren prägend und bestimmten den politischen Prozess nicht nur in Steglitz-Zehlendorf. Im Zuge der Analysen und Aufarbeitungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, des Katastrophenmanagements bei der S-Bahn sowie der Privatisierung kommunaler Einrichtungen sind viele kritischer geworden. Ich bin mir sicher, bestimmte politische Entscheidungen würden heute anders gefällt werden. Aber die Auseinandersetzung zwischen Staat und Wirtschaft ist ja in unserer Partei nicht neu; sie belebte immer die innerparteiliche Diskussion. Die Formel: Soviel Markt wie möglich und soviel Staat wie nötig, prägt seit Godesberg unsere Grundsatzprogramme.

Wie wird die weitere gesellschaftliche Entwicklung verlaufen? Ich befürchte, in den nächsten Monaten wird die Diskussion über Staat und Markt wiederbelebt werden. Und nicht zum Guten. Der Boden ist hierzu schon aufbereitet und spiegelt sich in Meinungsbefragungen wider. Einerseits werden in der Bevölkerung weitere Schwierigkeiten für unsere Volkswirtschaft befürchtet. Umgekehrt hat das

Vertrauen des Bürgers in die eigene Stärke zugenommen. Diese Diskrepanz zwischen einem allgemeinen Pessimismus und individueller Zuversicht wird im liberalen Angriff auf den Staat als „ein teurer Schwächling“ instrumentalisiert. Im Feuilleton der Tageszeitungen ist diese Debatte sogar bereits wieder im Mittelalter angelangt. „Almosen statt Steuern“ oder „Kleptokratie des Steuerstaates“ sind die Überschriften zu einer Aufkündigung unseres Sozialstaats und die ideologische Aufbereitung eines neuen Gesellschaftsvertrages.

Dieser Debatte hat sich die SPD zu stellen. Hier sind wir gefordert, und zwar in Geschlossenheit. Die Sozialdemokratie wird die Auseinandersetzung um die Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags verlieren, wenn wir uns weiter nur vergangenheitsorientiert auf der Plattform der Agenda 2010 auseinandersetzen. Auch den Kritikern der Agenda 2010 sei gesagt: „Recht haben“ bedeutet im historischen Prozess nicht „Recht behalten“. Deshalb plädiere ich, sich offensiv den Herausforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu stellen und für eine innovative staatliche Steuerungskompetenz einzutreten. In Zeiten verringerter Wohlstandserwartungen sind faire Interessenausgleiche zu produzieren. Die Reduzierung auf eine reine Verteilungspolitik wäre allerdings ein Fehler. Vielmehr sollte der erste Schritt sein, eine Abschätzung der Auswirkungen unseres politischen Handelns auf die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten vorzunehmen. Transparenz und Gerechtigkeit sind dabei zu wahren. Insbesondere die

gegenwärtigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Sektor werden Marken setzen. Getroffene Zusagen sind einzuhalten. Denn wenn in den nächsten Jahren ein „Wohlstand für alle“ schwierig zu realisieren sein sollte, so müsste dann eine sozial faire Verteilung des Mangels das Gebot der Stunde sein.

Inwieweit es unserer Partei gelingt, die Gesellschaft wieder zu versöhnen statt zu spalten, davon wird unserer Erfolg im berühmten Agenda-Jahr und bei den nächsten Wahlen entscheidend abhängen. Gesucht wird nicht weniger als ein neuer „Gesellschaftsfairtrag“ unter den Bedingungen abnehmender gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ressourcen.

MICHAEL ARNDT

NEUANFANG 2010

Für die Sozialdemokratie war 2009 ein enttäuschendes Jahr: Bei der Bundestagswahl haben wir nur 23 Prozent der Stimmen erhalten – das ist bitter, und wir müssen daraus unsere Lehren ziehen. Schon nach den ersten Wochen der schwarzgelben Regierung wird deutlich, was wir befürchtet hatten: Sie spaltet die Gesellschaft, z. B. durch Steuersenkungen, von denen einige wenige profitieren, die aber alle zahlen müssen. Gefahren sehe ich auch in der Gesundheitspolitik, wo die „Kopfpanschale“ droht, und in der Familienpolitik. Nachdem wir in unserer Regierungszeit durchsetzen konnten, dass Krippen und Kindergärten ausgebaut werden, droht jetzt ein fataler Rückschritt: Das

Betreuungsgeld wird etliche Eltern veranlassen, ihre Kinder von Bildungseinrichtungen fernzuhalten.

Entgegen dem allgemeinen Trend konnte ich bei der Bundestagswahl zum dritten Mal das Direktmandat in Charlottenburg-Wilmersdorf erringen, bleibe also die Ansprechpartnerin in diesem Bezirk und betreue darüber hinaus zusätzlich Steglitz-Zehlendorf. Ihr könnt Euch darauf verlassen, dass ich wie bisher für die Interessen der hier wie dort lebenden Menschen arbeiten und eintreten werde.

Eine weitere gute Nachricht ist, dass mich die SPD-Bundestagsfraktion zur Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags bestimmt hat. Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik hat nun eine Frau diesen Vorsitz inne. Ich bleibe als Berichterstatterin der SPD-Fraktion für den Haushalt des Bundeskanzleramts zuständig, kann damit die Schwachstellen nicht nur bei den Ausgaben der Bundeskanzlerin, sondern auch des Bundesnachrichtendienstes, der Birther-Behörde und des Bundesarchivs offen legen. Ein Aufgabenbereich, um den ich mich als Berliner Abgeordnete besonders kümmern werde, ist die Kultur, insbesondere das Engagement des Bundes für seine Hauptstadt.

Die Sorgen, Bedenken und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger greife ich gern auf und lasse sie ebenso in meine politische Arbeit einfließen wie meine Erfahrungen aus ehrenamtlichem Engagement bei verschiedenen Organisationen. Lasst uns alle auf die Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Verbände zugehen.

Der Blick nach innen darf nicht den dringend notwendigen Dialog und die Offenheit nach außen verstellen. Deutschland braucht eine starke Sozialdemokratie – heute mehr denn je! So werde ich z. B. die Diskussionsreihe zum Thema „Pflege“ fortsetzen. Ich merke immer wieder, dass hier erheblicher Gesprächsbedarf besteht – übrigens nicht nur bei den Betroffenen. Auch die Ausstellungsreihe im Wahlkreisbüro Goethe⁸⁰ wird mit interessanten Projekten, Initiativen und Künstlerinnen und Künstlern aus den Wahlkreisen fortgesetzt. Den Anfang macht Eve-Charlotte Schulz mit ihren Gemälden und Collagen (S. 16). Über meine aktuellen Termine, Veranstaltungen und meine Arbeit könnt Ihr Euch auf meiner Homepage www.petra-merkel.de und in meinem Newsletter *Bericht aus dem Bundestag* informieren. Schaut doch einfach mal vorbei bei einer Führung durch das Reichstagsgebäude oder meldet Euch für eine politische Tagesfahrt an (S. 16)!

EURE **PETRA MERKEL**, MDB

KINDERARMUT BEKÄMPFEN

Zu viele Kinder in Berlin wachsen in Armut auf. Sie haben nicht das, was für andere selbstverständlich zum Leben gehört: die Mitgliedschaft im Sportverein, die Musikschule, passende Kleidung oder auch nur ein gesundes warmes Mittagessen.

Neben der materiellen Armut gefährden Bildungsarmut, gesundheitliche Beeinträchtigung und soziale Ausgrenzung die Lebenschancen vieler Kinder.

Für Kinder entsteht ein Teufelskreis, da eine schlechte Bildung die Aussicht auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz verschlechtert – die Kinder und Jugendlichen haben fast keine Möglichkeit, in unserer Gesellschaft Fuß zu fassen. Die Chancen, aus der Armutsspirale herauszukommen, werden immer geringer.

Dabei sind vor allem die Kinder aus kinderreichen Familien, von allein erziehenden Elternteilen, aus Familien mit Migrationshintergrund und von Eltern ohne Arbeit betroffen.

In Berlin leben rund 200.000 Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Das ist jedes dritte Berliner Kind. Die schwarz-gelbe Bundesregierung demontiert zur Zeit systematisch unser Sozialsystem. Am meisten leiden hierunter die Kinder.

Das „Familienfördersystem“ der Bundesregierung sieht die Anhebung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge vor und ist damit sozial ungerecht, denn damit verfestigt sich der Unterschied zwischen den Kindern der Besserverdienenden und den Kindern aus sozial schwachen Familien. Kinder aus reichen Elternhäusern erhalten so faktisch einen noch höheren staatlichen Zuschuss als diejenigen, die „nur“ Kindergeld beziehen.

Durch den drohenden Umbau im Gesundheitswesen und die massiven Steuerentlastungen, welche Bund, Länder und Kommunen zu tragen haben, wird die Situation der armen Kinder verschärft.

Der staatliche Handlungsspielraum wird durch die steuerlichen Mindereinnahmen weiter eingeschränkt. Gerade die Einrichtungen, die arme Kinder so drin-

gend benötigen – wie Jugendfreizeitheime, Schwimmbäder, Bibliotheken – kann sich eine Kommune dann nicht mehr leisten. Verstärkt wird dies durch die Schuldenbremse.

Das rückwärtsgewandte „Betreuungsgeld“ setzt einen Anreiz gegen die Teilhabe am Bildungssystem und bewegt besonders arme und bildungsferne Schichten dazu, ihre Kinder nicht in eine Kita zu geben. Der mühselige Wiedereinstieg von Müttern ins Erwerbsleben wird manifestiert und senkt das Familieneinkommen insgesamt.

Die Kinderarmut wird ansteigen. Wir können und wollen diese Entwicklung nicht akzeptieren. Wir müssen hiergegen Maßnahmen ergreifen.

Wir haben in Berlin schon viel erreicht: Wir haben die Hauptschule abgeschafft und das Kinderschutzgesetz verabschiedet; Berlin liegt beim Betreuungsgrad der Kinder weit vor den anderen Bundesländern; das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung ist bereits seit 2007 in Berlin beitragsfrei; 2010/11 werden auch die übrigen Kita-Jahre beitragsfrei; die personelle Situation in den Kitas wird verbessert.

Dies reicht aber nicht aus, um die von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigten, drohenden Einschnitte auszugleichen. Wir müssen daher ein zwischen Senat, Bezirksämtern, Kirchen, Trägern, Unternehmen, Gewerkschaften, politischen Institutionen und Wohlfahrtsverbänden abgestimmtes Aktionsprogramm gegen Kinderarmut entwickeln, das neben einer ausreichenden finanziellen Ausstattung insbesondere auf Bildung, Kultur,

Sport und Gesundheit für Kinder und auf gute Arbeit für die Eltern setzt.

Die Jusos Berlin haben sich in den letzten eineinhalb Jahren mit dem Thema Kinderarmut und ihren gesamtgesellschaftlichen Ursachen auseinandergesetzt und in ihrer Landesdelegiertenkonferenz vom 27.-28. November 2009 einen Beschluss gefasst, der erste Handlungsschritte nennt. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass wir angesichts der schwarz-gelben klientelpolitischen Umverteilung von unten nach oben wieder eine starke Sozialdemokratie brauchen, welche sich offen für neue Ideen und Konzepte zeigt, um Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Sie wollen ihre Vorstellungen in die Partei tragen und somit einen Prozess für neue politische Lösungen in Gang setzen. Dabei setzen sie nicht auf „das feststehende Ergebnis“, sondern hoffen auf Kritik und Verbesserungsvorschläge von den vielen Expertinnen und Experten in unseren eigenen Reihen. Sie sind überzeugt davon, dass wir gemeinsam in einer solidarischen Diskussion mehr erreichen und in der SPD damit einen Diskussionsprozess in Gang setzen können, an dessen Ende ein schlüssiges sozialdemokratisches Konzept zur Bekämpfung von Kinderarmut steht.

Die Bekämpfung und Bewältigung von Armut und Benachteiligung muss als Querschnittsaufgabe verschiedener politischer Ebenen begriffen werden. Der Landesvorstand ist mit dieser Anregung befasst und der Fachausschuss Kinder, Jugend und Familie ist gefordert, unter Einbeziehung anderer Fachausschüsse und

Arbeitsgemeinschaften Handlungsschritte zu erarbeiten, um die Kinderarmut in Berlin zu verringern. Ich habe auch unsere Genossin Gesine Schwan gewinnen können, uns zu unterstützen.

Ein solches Aktionsprogramm sollte auch auf Kreisebene erarbeitet werden. Ich würde mich freuen, wenn wir in Steglitz-Zehlendorf dies umsetzen.

BARBARA LOTH

Bezirksstadträtin

für Wirtschaft, Gesundheit und Verkehr

SPD-FRAKTION LEGT GESETZES- ÄNDERUNG FÜR PRIVILEGIERUNG VON KINDERLÄRM VOR

Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat es sich zum Ziel gesetzt, Berlin noch kinderfreundlicher zu gestalten. Denn es ist gerade in einer Großstadt wichtig, Freiräume für Kinder zu schaffen, die sie für eine gute und gesunde Entwicklung brauchen.

Auf Seiten der rot-roten Koalition gibt es bereits eine breite Vielfalt an Aktivitäten, unsere Stadt für Familien mit Kindern attraktiver zu machen. So liegt Berlin beispielsweise bei den Ausgaben für die frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung im Ländervergleich mit deutlichem Abstand auf Platz eins.

Aber es gibt noch viel zu tun: Insbesondere in jüngerer Zeit lässt sich beobachten, dass Lärm von Kindern auf ein immer weniger verständnisvolles Umfeld trifft und es zu Konflikten aufgrund von Kinderlärm kommt, die bis hin zu Klagen

gegen Kitas oder Schulen führen. So musste im vergangenen Jahr im Berliner Stadtteil Friedenau die Kita „Milchzahn“ umziehen, weil sich ein Nachbar von den spielenden Kindern gestört fühlte.

Gegen eine solche bedenkliche gesellschaftliche Tendenz richtet sich ein Antrag, den ich gemeinsam mit der jugend- und familienpolitischen Sprecherin der SPD-Fraktion Sandra Scheeres und unserem umweltpolitischen Sprecher Daniel Buchholz auf den Weg gebracht habe. Mit dem Antrag habe ich auch ein Anliegen unseres Kreisvorstandes und unserer BVV-Fraktion aufgegriffen.

In diesem Antrag fordern wir, dass Kinderlärm zukünftig gegenüber anderen Lärmquellen privilegiert wird, da er, so soll es im Landesimmissionsschutzgesetz künftig heißen, als „Ausdruck selbstverständlicher kindlicher Entfaltung (...) grundsätzlich sozialadäquat und damit zumutbar“ ist. Mit dieser Gesetzesänderung sollen in Zukunft Klagen gegen störende Geräusche von Kindern erschwert werden. Außerdem wollen wir verhindern, dass Einrichtungen für Kinder aus ihrem Wohnumfeld verbannt werden können. Dennoch bleibt auch künftig genügend Raum für eine Einzelfallabwägung.

Auch in Hinblick auf die Ausweitung des Ganztags schulbetriebs ist die Änderung des Landesimmissionsschutzgesetzes von großer Bedeutung, da sich der Lärmpegel auf den Schulhöfen künftig vor allem in den Nachmittagsstunden wohl erhöhen wird. Hier ist es wichtig, dass der Ausbau hin zum Ganztags schulbetrieb

nicht durch Lärmschutzaufgaben oder Klagen von Nachbarn behindert wird, da wir durch die zeitliche Ausweitung des Schulbetriebs bessere Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder schaffen wollen.

Unser Antrag findet von vielen Seiten Unterstützung. So begrüßt das Deutsche Kinderhilfswerk unser Vorhaben als wichtigen Fortschritt für die Stärkung von Kinderrechten. Positiv bewertet wird der Antrag auch vom Berliner Anwaltsverein: Die Änderung sei sinnvoll, da somit mehr Rechtssicherheit geschaffen wird. Auch zwei Rechtsgutachten, die von der Opposition vor kurzem zu unserem Antrag beim Wissenschaftlichen Parlamentsdienst in Auftrag gegeben wurden, haben unser Vorgehen und unsere Gesetzesformulierung bestätigt.

Unserem Antrag wurde im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie, im Rechtsausschuss und im Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz des Abgeordnetenhauses zugestimmt. Die abschließende Befassung im Plenum ist nun für den 28. Januar vorgesehen, so dass die Neuregelung bereits im Februar in Kraft treten wird.

Berlin wäre bei erfolgreicher Verabschiedung das erste Bundesland, das Kinderlärm gegenüber anderen Lärmquellen privilegiert. Damit übernehmen wir bundesweit eine Vorreiterrolle und setzen ein wichtiges politisches Signal in Richtung einer kinderfreundlichen Stadt!

HOLGER THÄRICHEN

Mitglied des Abgeordnetenhauses

KLAUS KUGLER HAT MAßSTÄBE GESETZT

Klaus Kugler war ein starker und erfahrener Fraktionsvorsitzender. Er führte die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung mit fester Hand. Nach der Bezirksfusion, als wir Zehlendorfer und Steglitzer Bezirksverordneten zusammenkamen, hat dies auch zu Reibungen geführt. Nicht immer wollten wir Zehlendorfer uns der Steglitzer Mehrheit unterordnen, fühlten uns gerne als „Opposition“. Doch Klaus gelang es, uns immer wieder vor Augen zu führen, dass wir nicht für uns selbst, sondern für die Bürger da sind. Dass unsere prinzipiellen Positionen in dieser oder jener politischen Frage uns nur dann etwas nützen, wenn sie von den Bürgern auch verstanden werden können. So erreichte er, dass wir uns als Fraktion „zusammenraufeten“, manchmal intern in der Sache stritten, aber am Ende als Fraktion immer geschlossen sozialdemokratische Politik „nach draußen“ vertraten.

Für die Bürger da sein – das ist der Kern der Kommunalpolitik. Und Klaus Kugler hat das immer beherzigt. Nicht zufällig war er deshalb über viele Jahre Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, dem bezirklichen Petitionsausschuss.

Für ihn war die Arbeit in der Bezirksverordnetenversammlung nicht ein Sprungbrett zu „höheren politischen Weihen“. Er strebte nicht ins Abgeordnetenhaus oder in den Bundestag. Insgesamt war er 31 Jahre als Bezirksverordneter in

Steglitz und in Steglitz-Zehlendorf tätig. Von 1989 bis zu seinem Ausscheiden im Oktober 2006 führte er die SPD-Fraktion 17 Jahre als Vorsitzender.

Seine Reden in den Debatten der BVV waren immer an der Sache orientiert, er neigte nicht zu verletzender Polemik, wie dies Kollegen anderer Fraktionen immer wieder hinbekamen. Nicht selten konnte er so eine entgleiste BVV-Debatte wieder auf die sachliche Ebene zurückführen. Auch das hat zu dem großen Ansehen beigetragen, das er bei allen Fraktionen der BVV genoss. Der ehemalige grüne Kollege Johann Müller-Gatzurek schrieb mir auf die Nachricht vom Tod von Klaus Kugler, es habe ihm „immer Spaß gemacht, mit ihm, manchmal auch gegen ihn Politik zu machen.“

Ich finde diese Aussage sehr treffend für die politische Arbeit. Als Vertreter unterschiedlicher Parteien haben wir die Aufgabe „gegeneinander“ Politik zu machen. Demokratie kann es nur geben, wenn es unterscheidbare, konkurrierende politische Angebote gibt. Aber auch wenn wir „gegeneinander“ Politik machen, dann bekämpfen wir uns doch nicht als Menschen. Klaus hat auch dieses immer beherzigt und hatte deshalb auch einen guten Draht zu vielen Kollegen aus den anderen Fraktionen.

Und wenn wir nach der verheerenden Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen am 27. September 2009 jetzt wieder darüber reden, wir „müssten zu den Menschen rausgehen“ – Klaus hat das

immer gemacht. Kommunalpolitik zu machen und nicht zu den Menschen rauszugehen, geht nicht. Deshalb war er zum Beispiel über viele Jahre in seinem Kleingartenverein, der Kolonie „Neues Leben“, aktiv. Als erfahrener Kommunalpolitiker hatte er immer das Ohr an den Problemen der Menschen – und kannte die Wege, eine Lösung für sie zu finden.

Die überaus rege Teilnahme an der Trauerfeier am 17. Dezember verdeutlicht das große Ansehen, das Klaus besaß. Die bewegende Ansprache von Thomas Härtel über das politische Wirken, die herzlichen Worte des BVV-Vorstehers Herrn Roegner-Francke, die geistliche Begleitung dieses Abschiednehmens durch unseren ehemaligen BVV-Kollegen Philipp Schuppan, aber auch die Einspielung des „Kufstein-Liedes“ und des Arbeiterliedes „Wann wir schreiten Seit an Seit“ waren sehr bewegend und passten zu Klaus. Es wird ihn gefreut haben, dass auch die anwesenden CDU-Politiker sich bei seiner Trauerfeier ein traditionelles Lied der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung anhören mussten.

Klaus Kugler war ein Kommunalpolitiker mit ganzem Herzen. Die Nachricht von seinem viel zu frühen Tod hat uns alle erschüttert. In der sozialdemokratischen Kommunalpolitik in Steglitz-Zehlendorf hat er Maßstäbe gesetzt. Es wird eine Lücke bleiben.

MICHAEL KARNETZKI

Vorsitzender der SPD-Fraktion der BVV

ABTEILUNG 1, STEGLITZ-ZENTRUM

Vorsitzender: Andreas Kugler

E-Mail: andreas-kugler@t-online.de

Homepage: www.spd-steglitz.de

ABTEILUNG 2, SÜDENDE

Vorsitzender: Rolf Wiegand

Homepage: www.spd-suedende.de

ABTEILUNG 3, LICHTERFELDE-WEST

Vorsitzender: Martin Matz

E-Mail: lichterfelde@martinmatz.de

Homepage: www.spd-lichterfelde-west.de

10 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 4, LICHTERFELDE-OST UND -SÜD

Vorsitzender: Georg Siebert

E-Mail: Georg.Siebert@spd-online.de

<http://www.spd-lichterfelde-ost-und-sued.de>

ABTEILUNG 5, LANKWITZ

Vorsitzender: Uwe Stäglin

<http://www.spd-lankwitz.de>

ABTEILUNG 6, KRUMME LANKE

Vorsitzender: Hinrich Soehlke

E-Mail: a.h.soehlke@t-online.de

<http://www.spd-krumme-lanke.de>

ABTEILUNG 7, ZEHLENDORF-SÜD

Vorsitzender: David Scheffel

davidscheffel@web.de

<http://www.spd-zehlendorf-sued.de>

ABTEILUNG 8, SEENPLATTE

Vorsitzender: Holger Thärichen

12 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ABTEILUNG 9, ZEHLENDORF

Vorsitzender: Dr. Andreas Linde

Homepage: www.spd-zehlendorf.de

ABTEILUNG 10, DAHLEM

Vorsitzender: Burkhard Zimmermann

Homepage: www.spd-dahlem.de

AK LEBENSWERTE STADT

Irene Köhne, Detlev Ronnisch

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

Vorsitzende: Eveline Neumann

14 Termine unter <http://www.spd-suedwest.de/termine>

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

Vorsitzende: Renate Krohm

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION

Vorsitzender: Günther Schulze

E-Mail: GuentherSchulzeBerlin@gmx.de

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60 PLUS

Vorsitzende: Ingrid Reimann

JUSOS

Bei Fragen könnt Ihr Euch wenden an

Clara Luhr (ClaraLuhr@GoogleMail.com) oder

Tom Christopher Pröstler (0179 2998245, tcproestler@spd-zehlendorf.de).

Termine und Infos gibt's auf unserer Webpage <http://www.jusos-suedwest.org>

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN (AGS)

Vorsitzender: Wolfgang Kornau

E-Mail: Wolfgang.Kornau@T-Online.DE

WEITERE INTERESSANTE VERANSTALTUNGEN

- Do. 11.02. 17:00 Vernissage. Eve-Charlotte Schulz: Gemälde und Collagen. Wahlkreisbüro Goethe80, Goethestraße 80, 10623 Berlin (bis 19:00).
Besichtigung bis 31. 3. zu den Öffnungszeiten des Wahlkreisbüros (s. S. 24) möglich.
- Sa. 13.02. Demonstration in Dresden: *Nazifrei! Dresden stellt sich quer*.
<http://www.dresden-nazifrei.de> Wegen Mitfahrgelegenheit beim Landesverband nachfragen.
- Mi. 17.02. Politische Tagesfahrt durch Berlin. Besichtigt werden der Deutsche Bundestag, ein Ministerium sowie eine Gedenkstätte (Mittag- und Abendessen sind inklusive). Anmeldung im Büro von Petra Merkel, telefonisch (227-77263) oder per E-Mail (S. 24).

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- Dr. Michael Arndt, MdA (<http://www.michael-arndt.info>): Do. 15:30 – 16:30, Raum 506, Abgeordnetenhaus, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin oder telefonische Vereinbarung: 833 50 04
- Ulrike Neumann, MdA (<http://www.neumann-ulrike.de/>): bitte telefonisch vereinbaren: 772 79 41

FÜR EINE UNIVERSITÄRE ZUKUNFT DES BENJAMIN-FRANKLIN-KLINIKUMS

Seit mittlerweile 9 Jahren gibt es eine Debatte um die Schließung des Standortes Lichterfelde der heutigen Charité. Welche Auffassung man auch dazu hat: Alle Beteiligten dürften sich einig sein, dass eine ausbleibende Lösung die Finanzprobleme der Charité fortschreibt und gleichzeitig den Standort im Berliner Südwesten langsam erodieren lässt. Es ist also richtig, dass jetzt entschieden werden muss. Aber ist die Umwandlung des Campus Benjamin Franklin (CBF) in ein Versorgungskrankenhaus der Vivantes GmbH oder sogar die vollständige Aufgabe von CBF die richtige Lösung?

Die Charité hat zwei finanzielle Probleme: Verluste im operativen Geschäft und ungedeckten baulichen Sanierungsbedarf. Allein im Jahr 2008 zehrten die Verluste große Teile des Eigenkapitals auf, 2009 ging dieser Prozess abgebremst weiter. Gleichzeitig gibt es einen baulichen Sanierungsbedarf, der deutlich größer ist als die in der Finanzplanung des Landes bisher abgedeckte Summe.

Der bauliche Sanierungsbedarf des CBF wird durch eine Übertragung nicht kleiner. Der einzige Unterschied wäre, dass Vivantes und nicht mehr die Charité die Sanierung bezahlen müsste. Der in Rede stehende dreistellige Millionenbetrag würde aber auch dann durch einen landeseigenen Krankenhausbetrieb finanziert, der über eine sehr dünne Finanzdecke verfügt. Einen Zusammenhang mit den Kran-

kenhäusern „Auguste-Viktoria“ und „Wenckebach“ zu sehen, ist angesichts der Bettenzahlen im Südwesten Berlins zwar richtig, ändert aber nichts daran, dass die strukturelle Sanierung nur durch Investitionen zu erreichen wäre, die nicht ausfinanziert sind. Eine Übertragung des Universitätsklinikum Benjamin Franklin von der Charité zu Vivantes löst aus der Gesamtsicht des Landes Berlin also keine Probleme.

Warum sollte die Charité den Standort CBF aufgeben und nicht beispielsweise den Campus Virchow-Klinikum (CVK)? Die Krankenhausarchitektur hat sich im Laufe der Jahrzehnte stark verändert. Galt früher die Pavillonbauweise als modern, setzen sich heute ganz klar prozessoptimierte Kompaktneubauten durch, auch in Berlin. Baulich entscheidend für optimierte Abläufe im Krankenhaus sind kurze Wege und zentrale Bereiche, die von allen „Disziplinen“ genutzt werden. Die Pavillonbauweise steht dieser Philosophie im Weg, die Baustruktur denkmalgeschützter Altbauten aus dem 19. Jahrhundert ebenso. Der Baukörper des Benjamin-Franklin-Klinikums entspricht dagegen grundsätzlich der aktuellen Sichtweise der Krankenhausarchitektur, obwohl auch er bereits mehrere Jahrzehnte alt ist.

Der CVK hat sich zwar von seiner ursprünglichen Pavillonarchitektur im Laufe der Jahrzehnte entfernt, ist dem CBF aber trotz der „jüngeren“ Investitionen in der Prozessoptimierung nicht überlegen. Auch hier kommen im übrigen Investitionsbedarfe auf das Land Berlin

zu: Würde sich die Charité auf die Standorte Charité Campus Mitte und CVK konzentrieren, hätte sie in einer 20-Jahre-Periode bezüglich des Investitionsbedarfes wenig gewonnen. In den Standorten der Universitätsmedizin stecken auch Bundesmittel aus der (auslaufenden) Hochschulbauförderung, die bei einer Schließung zu Rückerstattungspflichten geführt hätten. Dieses Argument wurde 2002 gegen eine Schließung des Benjamin-Franklin und schützend für den CVK ins Feld geführt, trifft inzwischen aber auch nicht mehr auf das Virchow zu.

Ein wesentliches Argument gegen die Schließung des Benjamin-Franklin im Jahr 2002 waren die mit diesem Standort verbundenen Drittmittelwerbungen sowie die vorteilhafte Verflechtung mit der Wissenschaftsregion Südwest einschließlich der Gründerszene rund um die Freie Universität. Die Bedeutung der Verknüpfung des Universitätsmedizinstandortes mit der FU hat im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt der Lebenswissenschaften nicht an Bedeutung verloren. Die Frage der wissenschaftspolitischen Bedeutung der Charité für Berlin ist daher auch eine Frage der Standorte innerhalb der Stadtregion. Es geht um mehr als nur um die Krankenversorgung für den Südwesten der Stadt.

Die Übertragung des Krankenhausbetriebs am CBF auf die Vivantes würde also eine Schwächung der Charité bedeuten, während Vivantes seine Standorte im Südwesten neu ordnen könnte. Wenn der Betrieb auf die Vivantes übertragen, die Wissenschaftsaktivität aber bei der Chari-

té verbleiben würde, käme es zwischen den beiden landeseigenen Unternehmen zu Abgrenzungsproblemen zwischen Krankenhaus- und Wissenschaftsbetrieb, die die Charité in Berlin-Buch mit einem privaten „Partner“ schon erlebt hat. Der Wissenschaftsstandort Berlin wird von einer Schwächung der Charité zwecks Stabilisierung der Vivantes-Standorte und -Fallzahlen nicht profitieren.

Was die Charité nach wie vor braucht, sind klare Aufgaben und Schwerpunkte für die einzelnen Standorte. Dies ist auch vier Jahre nach der Verkündung der Struktur „CharitéCentren“ nicht der Fall. Um den Sanierungsaufwand der heutigen Charité-Standorte wird Berlin nicht herumkommen, eines der beiden Vivantes-Krankenhäuser in Tempelhof-Schöneberg steht jedoch aufgrund der Überkapazitäten im Südwesten der Stadt so oder so zur Disposition.

FAZIT: Wird in der Diskussion um den Standort Benjamin-Franklin als Teil der Universitätsmedizin nur ein Lobbyinteresse des Berliner Südwestens gesehen, ist es unwahrscheinlich, damit viele Verbündete zu finden. Die Frage der Neuordnung der Krankenhauslandschaft im Südwesten Berlins ist jedoch nicht nur für Steglitz-Zehlendorf von Bedeutung. Es ist eine Strukturfrage für ganz Berlin – und alles spricht dafür, die Universitätsmedizin in ihrer wissenschaftspolitischen Bedeutung zu stärken!

MARTIN MATZ
Bezirksstadtrat für Soziales und
Gesundheit in Spandau

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN

- Abt. 1:** Klaus Kugler, Mitgl. seit 1968
Abt. 5: Evelyn Harder, Mitgl. seit 1991
Abt. 6: Elsa Rueß, Mitgl. seit 1970
Abt. 7: Uwe Benke, Mitgl. seit 1961
Abt. 10: Abdolrahim Khayami, Mitgl. seit 1999


SOLIDARITÄT POLITISCH NEU ERFINDEN

Schwarz-gelb regiert und im Koalitionsvertrag „Wachstum, Bildung, Zusammenhalt“ sind die meisten Programmpunkte strittig. Selten ist eine Regierung so widersprüchlich gestartet. Sie bietet weder Aufbruch noch Enthusiasmus – das politische Geschäft läuft wie gehabt, nur mit mehr Haushaltstricks und Symbolpolitik und mehr Klientelpolitik für das besser gestellte Drittel unserer Gesellschaft. Unterhalb der öffentlichen Wahrnehmung aber ist ein politischer Tsunami über die Parteien hinweggefegt.

Merkel und Westerwelle sind nur noch von einem Drittel der Wahlbevölkerung gewählt. Selbst die beiden größten Parteien repräsentieren nicht einmal mehr die einfache Mehrheit – ganz zu schweigen von der Opposition im Bundestag. Wählen ist für die Mehrheit der Bürger zu einer Pflichtübung geworden. Ja mehr noch - inzwischen glauben die Wähler so wenig an die politikgestaltende Kraft ihrer Stimme wie die Nichtwähler.

Und doch liegen Welten zwischen Wählern und Nichtwählern. Nichtwähler sind oft resigniert und hoffnungslos, haben häufig keine Zuversicht, die eigene soziale Lage aus eigener Kraft verbessern

zu können und kein Vertrauen in Institutionen, Politik und Politiker. Sie verzichten auf ihre Staatsbürgerrechte und verabschieden sich zunehmend aus dem politischen System – und diese Gefühlslage hat offenbar jetzt auch viele Wähler erreicht.

Diese Abkehr, insbesondere von Bürgern, die in unsicheren Verhältnissen leben müssen, ist auch das Ergebnis einer Politik, die seit einem Vierteljahrhundert versucht, die Wirtschaft von den von ihr verursachten Kosten des Sozialstaats zu entlasten und Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch Staats- und Sozialabbau zu stärken. Dadurch hat für viele Nichtwähler der Sozialstaat zunehmend seine Fähigkeit verloren, die Gesellschaft zusammen zu halten.

Schon in Westdeutschland erfüllte das Arbeits- und Sozialwesen seine Aufgabe nicht, jedem eine Erwerbschance zu eröffnen. Mit der Wiedervereinigung wurde es auf die neuen Länder ausgeweitet, mit dem Ergebnis von 4,4 Millionen Arbeitslosen im Jahre 1997. Die Agenda 2010 sollte dazu beitragen, dass Arbeitslose durch Druck und Hilfe wieder schneller Arbeit finden. Tatsächlich förderte sie ein Durcheinander unterschiedlicher prekärer Arbeitsverhältnisse und eine sich abwärts drehende Lohnspirale.

Verantwortlich dafür, dass Menschen in unsicheren Verhältnissen leben müssen, ist eine veränderte Wirtschaftsweise der Unternehmen. In vielen Produktions- und Dienstleistungsbetrieben wurden nicht nur die Arbeitsplätze, sondern auch die Normalarbeitsverhältnisse auf ein Mindestmaß reduziert. Die Finanzierung der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung und deren soziale Leistungen gerieten in die Krise. Durch die Förderung befristeter Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, Probe- und Praktikantenverträgen wuchsen die sozialen Probleme und stiegen die Kosten.

Die veränderte Wirtschaftsweise wurde durch steigende Ansprüche der internationalen Finanzmärkte zusätzlich vorangetrieben. Ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen stieg ständig. Damit veränderten sich die Verteilungsverhältnisse zugunsten des oberen Drittels der Gesellschaft. Sie münden heute in einer gigantischen Fehlverteilung zwischen Arm und Reich. Gleichzeitig vertiefte sich die Spaltung zwischen der immer größer werdenden Gruppe der Arbeitnehmer, die ohne Arbeit ist und der, die immer mehr arbeiten müssen.

Die Vorstellung von einer Rückkehr zu den untergegangenen Formen sozialer Sicherheit ist so wenig realistisch wie der Glaube an die Wiederkehr einer Wirtschaftsweise mit Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnissen. Die Politik der Koalition der Konservativen wird weiter auf den alten ausgetretenen Pfaden von Förderung für die Wirtschaft und von Sozialabbau für die Bürger wandeln.

Sie wird die Fehlverteilung des gesellschaftlichen Reichtums weiter verschärfen und die Spaltung der Gesellschaft weiter vertiefen und dabei das Gegenteil von Zusammenhalt bewirken.

Mit der Beschleunigung der allgemeinen sozialen Unsicherheit wird ein ganzes Bündel von Emotionen entfaltet, das bei zu vielen Menschen die Überzeugung aufkommen lässt, sie seien sozial, kulturell und politisch abgeschrieben. Das Gefühl, zu kurz gekommen zu sein, verlangt nach Sündenböcken. Davon sind schon heute gesellschaftliche Gruppen, Gewerkschaften, die politischen Parteien und die Demokratie betroffen. Es geht längst nicht mehr nur um die richtigen Inhalte der Politik, es geht auch um die Zukunft von Mitbestimmung, Demokratie und Parlamentarismus.

Die SPD in der Opposition hat Optionen:

Erstens: Sie wird zum Kritiker am Regierungsgeschäft, indem sie betont, auf den gewohnten Pfaden schneller und weniger unsozial voranzukommen als CDU/CSU und FDP. Diese Art von Opposition würde die Politik des Wirtschaftslobbyismus und Sozialabbaus nicht grundsätzlich in Frage stellen. An ihrer Oppositionsrolle wäre erkennbar, dass für sie die Erschütterung in der Wahlbeteiligung und im Wahlergebnis kein Anlass ist, die Grundlinie der Politik der Vergangenheit zu verändern.

Zweitens: Sie sucht neue Wege zu einer solidarischen Gesellschaft. Dazu muss sie Abstand nehmen von der Illusion, durch Einschränkungen der Kosten und

Leistungen des Sozialstaats sei die Wiedergewinnung einer Wirtschaftsweise möglich, mit deren Hilfe die Spaltung der Gesellschaft überwunden werden könnte. Sie muss zu einer Bündnispolitik mit gesellschaftlichen Gruppen finden, die sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einsetzen.

Drittens: Neue Wege zu einer solidarischen Gesellschaft brauchen neue demokratische Beteiligungsrechte der Bürger in Wirtschaft und Gesellschaft. Mit mehr Demokratie als der repräsentative Parlamentarismus zu bieten hat, lässt sich die wachsende Verabschiedung der Bürger aus dem demokratischen System aufhalten.

Nur wer das Unbehagen an der parlamentarischen Demokratie ernst nimmt, überzeugend auf die sich zuspitzende politische Passivität und Ablehnung reagiert und die enormen Legitimationsdefizite der politischen und staatlichen Institutionen abzubauen bereit ist, wird die wachsenden Herausforderungen bewältigen können. Dabei muss sich nicht nur die SPD, sondern die soziale Linke insgesamt neu erfinden.

Die neuen Herausforderungen erfordern eine neue Methodik der politischen Arbeit, eine Aktivierung der Parteiarbeit vor Ort und in den gesellschaftlichen Organisationen, das Erkennen des Protestpotentials und seine Bündelung und Zuspitzung.

Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall spricht von der Notwendigkeit einer „Mosaik-Linken“, ein linkes Projekt mit einer großen Vielfalt von Akteuren und Bündnissen, die auf gleicher Augen-

höhe einander verwandte Ziele vertreten. Wer diese Opposition anführen will, muss die sozialen Inhalte in allen gesellschaftlichen Gruppen und politischen Organisationen erkennen, aufgreifen und bündeln können. Damit muss jetzt begonnen werden, um jene Menschen zurück zu gewinnen, die begonnen haben, den demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten den Rücken zuzukehren.

KURT LANGE

EINLADUNG ZUM BESUCH DER BAUSTELLE HALLENBAD HÜTTENWEG

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich lade Euch zu einer Besichtigung der Baustelle des Hallenbades Hüttenweg ein. Ich möchte Euch die Möglichkeit geben, die theoretische Diskussion über die Sanierung der Berliner Bäder mit Leben zu füllen. Wir erhalten eine exklusive Führung am

Freitag, 26. 02. 2010, 17–18 Uhr.

Den Treffpunkt kann ich Euch erst später bekannt geben, da die Berliner Bäderbetriebe die Veranstaltung noch vorbereiten. Da nur eine begrenzte Anzahl Personen teilnehmen kann, bitte ich um Eure

Anmeldung unter 83 22 05 17.

Bitte gebt neben Eurem Namen auch eine Rückrufnummer an.

MIT HERZLICHEN GRÜßEN
ANDREAS KUGLER, MDA

WIR GRATULIEREN ALLEN ZUM GEBURTSTAG, INSBESONDERE IN DER

Abt. 3: 1.2. Ekkehard Weise, 70 J.; 20.2. Peter Noeldechen, 80 J.; 23.3. Rolf Lüpke, 70 J.

Abt. 4: 14.2. Gerhard Niebergall, 70 J.; 18.2. Eberhard Kruschke, 70 J.

Abt. 5: 21.2. Jutta Kreibitz, 70 J.; 1.3. Peter Tornow, 70 J.

Abt. 7: 6.2. Hartmut Bemmerer, 70 J.; 10.2. Rainer Markert, 70 J.

Abt. 8: 11.2. Manfred Nitsch, 70 J.; 17.2. Uwe-Jens Andresen, 70 J.;
26.2. Ingrid Reimann, 70 J.; 23.3. Günter Schulz, 80 J.

Abt. 9: 11.2. Heidi Wehrmann, 70 J.; 16.2. Walter Sylten, 80 J.

Abt. 10: 3.3. Joachim Semler, 70 J.

Viele, viele Jahre hat Klaus Reinhard die Daten für unsere Rubriken „Geburtstage“ und „Gedenken“ geliefert. Das lief stets reibungslos und absolut zuverlässig. Wir bedanken uns herzlich für die treue Unterstützung. Nun hat Mirjam Golm diese Arbeit übernommen. Wir freuen uns auf eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit.

Die Redaktion

KREISÖFFENTLICHE KDV

Nach etlichen Jahren fand am 16. Januar 2010 wieder eine kreisöffentliche Kreisdelegiertenversammlung statt. Die Leitung oblag unserem Kreisvorsitzenden Michael Arndt. Trotz winterlicher Erschwernisse und einer Arbeit verheißenden Tagesordnung fand sich im Bürgeraal des Rathauses Zehlendorf eine relativ große Zahl Kreisdelegierter und Mitglieder ein.

In der Impulsrede betonte der Senatsprecher Dr. Meng, dass im Schlüsselerwahljahr 2011 die politischen Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden. Die gesellschaftlichen Veränderungen haben sich in den letzten Jahren auch auf die Parteienlandschaft ausgewirkt. Die Klientelparteien haben Wähler gewonnen, die Volksparteien verloren. In Berlin kann die Sozialdemokratie in der Stadtmodernisierung und mit der Schulpolitik punkten. Berlin sei sehr viel attraktiver, als sei-

ne Bewohner wahrhaben wollen. Dessen ungeachtet müsse die Rolle der Stadt vor dem Hintergrund der auch von der Partei mitgetragenen Entstaatlichung und rapiden Entbürokratisierung überdacht werden. Fehler seien begangen worden und müssten behoben werden.

In der folgenden Diskussion wurde mehrfach herausgestellt, dass viele von uns erkämpfte Errungenschaften der Allgemeinheit nicht hinlänglich nahe gebracht worden sind, die Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden müsse.

Den Kern der Veranstaltung bildeten die vier Arbeitsgruppen: Stadtentwicklung, Wirtschaften, soziales Leben und Bildung. Die Teilnehmer sammelten, diskutierten und wählten in den jeweiligen Bereichen Themenfelder aus, die ihrer Ansicht nach von besonderer Bedeutung für unseren Bezirk sind.

Die erste Arbeitsgruppe erachtete als Schwerpunkte die Verbesserung der Le-

bensqualität (Verkehrsanbindungen, Nahversorgung, Radwegenetz, Park-and-ride-Flächen, Sicherung der Grünanlagen), bezahlbare Mieten und generationsgerechte Wohnformen. Die AG 2, die sich mit Wegen für ein erfolgreiches Wirtschaften in unserem Bezirk befasste, schlug vor, die bestehenden Netzwerke untereinander und mit der SPD besser zu verknüpfen sowie für eine unternehmerfreundlichere Verwaltung zu sorgen. Während die dritte AG sich u. a. der Problematik des demografischen Wandels annahm (Steglitz-Zehlendorf hat von allen Bezirken die älteste Bevölkerung), erörterte die vierte Arbeitsgruppe Möglichkeiten, unseren Bezirk für die jüngere Generation attraktiver zu machen, z. B. durch familienfreundliches Wohnen, verbesserte Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Die Vorzüge der Schulreform sind der Allgemeinheit verständlich zu erläutern. Andererseits sollten die Probleme nicht verschwiegen werden: Schulstationen, Oberstufe der Se-

kundarschulen. Einige Arbeitsgruppen plädierten dafür, bei den anstehenden Jahreshauptversammlungen in den Abteilungen Ansprechpartner für besonders wichtige Politikfelder zu benennen. Generell wurden vertiefte Bestandsaufnahmen, detaillierte Analysen, weiterführende Diskussionen und die Konkretisierung der aufgezeigten Handlungsfelder für notwendig erachtet. Der GKV wurde gebeten, entsprechende Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Abschließend verabschiedeten die Kreisdelegierten jeweils mit großer Mehrheit mehrere Anträge, so der Abteilung 9, dass der Personalabbau auf S- und U-Bahnhöfen rückgängig gemacht werden soll, und der AsF, nach dem die Listen für Wahlen zur BVV und zum Abgeordnetenhaus nicht nach der 40:60-Quotenregelung, sondern dem Reissverschlussprinzip aufzustellen sind.

KLAUS SPYCHALSKI

Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Südwest e.V.

Unser nächster

**Bücherbasar,
Trödel sowie
Verkauf der Retro-Mode**

findet statt an den

**Sonntagen, 21. Februar und 21. März, 10–16 Uhr
in der Osdorfer Str. 121, 12207 Berlin.**

Die angebotenen (gebrauchten) Bücher sind Spenden, der Erlös wird für die soziale Arbeit der AWO Südwest e. V. verwendet. Buchspenden sind erwünscht und werden auch abgeholt.

Wir laden Sie ein, sich bei Kaffee und Kuchen Ihrem Hobby – dem Buch – zu widmen und in unseren „Trödelstuben“ zu stöbern.



**SPD-Regionalbüro
Steglitz-Zehlendorf**

Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Öffnungszeiten: Mo. und Do. 10–14 Uhr,
Fr. 14–18 Uhr.

Telefon: 766 79 854, Fax: 766 79 856

E-Mail: Steglitz-Zehlendorf@SPD-Berlin.DE

Web: <http://www.SPD-Suedwest.DE>

**Petra Merkel MdB
Wahlkreisbüro Goethe80**

Goethestraße 80, 10623 Berlin

Öffnungszeiten: Mo. und Do. 12–16 Uhr,
Di. und Mi. 10–14 Uhr.

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 00 168

E-Mail: Petra.Merkel@Wk.Bundestag.DE

Web: <http://www.Petra-Merkel.DE>

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss für die Nummer 45
(April–Mai 2010) ist am **12. 3. 2010**.

Genossinnen und Genossen, die einen
Beitrag veröffentlichen möchten, bitte bis
zum Redaktionsschluss in digitaler Form
einreichen: per E-Mail an

sww@suedwest.spd-berlin.de. Textforma-
te: txt (ohne Zeilenumbrüche) oder doc
(MS-Word).

Impressum

Herausgeber: Sozialdemokratische Partei
Deutschlands, Kreis Steglitz-Zehlendorf

V. i. S. d. P.: Lutz Ihlenburg
c/o SPD Steglitz-Zehlendorf,
Thaliaweg 15, 12249 Berlin

Redaktionsteam: Dr. Lutz Ihlenburg,
Klaus Spychalski.

Druck: Robert Podzuweit,
Telefon: 721 61 73

Der Südwestwind im Internet: <http://www.SPD-Suedwest.DE/sww>

Die Online-Ausgabe enthält keine parteiinternen Daten und Termine.

Sozialdemokratische Mitgliederzeitung des Kreises
Steglitz-Zehlendorf, Thaliaweg 15, 12249 Berlin
Postvertriebsstück - Entgelt bezahlt A53261